

Jetzt dranbleiben!

Markus Schmidt-Ott
Geboren 1989 in Bonn,
Chefredakteur des
Finanzportals „Finanz-
fluss“, Berlin.

Neue Ansätze bei der Altersvorsorge

Im Juni 2026 übergab die Rentenkommission ihren Bericht an Bundeskanzler Friedrich Merz und Arbeitsministerin Bärbel Bas: 33 Empfehlungen, austariert zu einem Paket, in dem jeder gleichermaßen einen Beitrag leistet. Die Arbeitsministerin bezeichnete es als ein „Gesamtkunstwerk“.

Wenige Wochen später wurden einzelne Vorschläge wie die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren als ungerecht angezweifelt. Die Debatte im Sommer zeigt ein Muster: Was die Älteren belastet, wird sofort infrage gestellt; dass der jungen Generation eine nie da gewesene Beitragsbelastung droht, wird dabei gern vergessen.

42,3 Prozent des Bruttolohns fließen derzeit in die Sozialversicherungen. Die Wirtschaftsweisen erwarten in ihrem Frühjahrsgutachten 45,4 Prozent im Jahr 2030 und 49,7 Prozent bis 2040. Von jedem verdienten Euro ginge dann fast die Hälfte an die Umlagesysteme, und zwar vor Steuern. Nach Berechnungen der Wirtschaftsweisen liegt die durchschnittliche Belastung durch die Sozialbeiträge für den Geburtsjahrgang 1960 bei 39,4 Prozent; für den Geburtsjahrgang 2020 werden 56,8 Prozent projiziert.

Insbesondere bei kleineren Einkommen bleibt schon heute kaum Spielraum, zusätzlich zur gesetzlichen Rente privat vorzusorgen. Da das Rentenniveau langfristig sinken könnte, sind die betriebliche und die private Altersvorsorge heute wichtiger denn je. Dafür brauchen die Bürgerinnen und Bürger jedoch auch finanzielle Spielräume.

Boom der kapitalgedeckten Absicherung

Die private Vorsorge hat der Staat jahrzehntelang gefördert, aber wenig erreicht. Die Riester-Rente ist gescheitert, und ihr Bestand schrumpft laut Arbeitsministerium seit 2017 Jahr für Jahr. Ende 2025 waren von einst 16,6 Millionen Verträgen noch knapp 14,7 Millionen übrig – geschätzt gut ein Fünftel bis ein Viertel davon ruht beitragsfrei. Die 2005 eingeführte Rürup-Rente blieb eher ein Nischenthema, die betriebliche Altersvorsorge verkümmerte.

Und doch gab es in den letzten Jahren bei der privaten Altersvorsorge einen Durchbruch, allerdings unabhängig von der Politik. Die junge Generation eignete sich das Wissen über das Internet und die sozialen Medien selbst an und nutzte Sparpläne auf breit gestreute ETFs (*Exchange Traded Funds*), an der Börse gehandelte Indexfonds, die die Wert-

entwicklung eines Marktes (wie etwa des Deutschen Aktienindex, DAX) nachbilden. Diese Anlageart ist heute besonders niedrigschwellig zugänglich. Bezogen auf das Jahr 2025 zählte das Deutsche Aktieninstitut 14,1 Millionen Menschen mit Aktien-, Fonds- oder ETF-Besitz – zwei Millionen mehr als im Vorjahr und so viele wie nie zuvor. Jeder Fünfte ab 14 Jahren investiert; die größte Anlegergruppe stellen seit 2024 die 14- bis 39-Jährigen. Entgegen aller Prophezeiungen, das sei nur ein kurzes, von der Corona-Pandemie getriebenes Phänomen, blieb die Zahl der Aktionäre seit 2021 stabil, bei den Jungen wuchs sie weiter.

Die Politik hat die Chancen des Kapitalmarktes inzwischen erkannt. Zunächst versuchte die gescheiterte Ampelregierung, das Generationenkapital als Kapitaldeckung für die gesetzliche Rente auf den Weg zu bringen; auch ein erster Aufschlag für das Altersvorsorge-depot stammt von ihr. Die amtierende Bundesregierung hat das Depot nun wieder aus der Schublade geholt: Start ist am 1. Januar 2027. Erwartet wird dadurch ein Boom der kapitalgedeckten Altersvorsorge: Menschen, die noch nie Berührungspunkte mit dem Kapitalmarkt hatten, werden diesen zum ersten Mal für ihre Altersvorsorge nutzen.

Frühstartrente macht einen Unterschied

Und das ist nicht die einzige Maßnahme, bei der die aktuelle Koalition auf den Kapitalmarkt setzt. Die Rentenkommission empfiehlt, nach schwedischem Vorbild künftig zwei Beitragspunkte individuell am Kapitalmarkt anzuspargen, statt sie umzulegen. Mit der Frühstartrente erhält zudem jedes Schulkind ein eigenes Altersvorsorgedepot, in das der Staat zehn Euro monatlich einzahlt, zunächst für den Geburtsjahrgang 2020. Zehn Euro im Monat scheinen wenig zu sein. Wenn man aber bedenkt, dass

sich am Kapitalmarkt jeder eingezahlte Euro über sechzig Jahre versechzigfachen kann, wird daraus ein Kapitalstock, der im Ruhestand durchaus einen Unterschied macht.

Die Bundesregierung hat es damit geschafft, den wichtigsten Säulen der Altersvorsorge – der gesetzlichen wie der privaten – einen Neustart am Kapitalmarkt zu ermöglichen. Diese Wende ist in manchen politischen Milieus jedoch nie angekommen: Aktienvorsorge gilt dort weiterhin als Casino; eine Prägung, die bis zum Telekom-Debakel der 1990er-Jahre zurückreicht. Leicht lässt sich vorhersagen, dass beim nächsten globalen Börsencrash der neue Zugang zum Kapitalmarkt aus bestimmten politischen Richtungen für gescheitert erklärt werden wird. Hoffen wir, dass die dann amtierende Regierung genug Weitblick hat, dieser Kritik zu widerstehen!

Kontraproduktive Debatten

Auch flammt in regelmäßigen Abständen die Debatte auf, die Kapitalertragsteuer durch die Einkommensteuer zu ersetzen oder darauf Sozialbeiträge zu erheben. Das wäre allerdings ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die aufgrund der jahrzehntelang gescheiterten Rentenpolitik die Altersvorsorge selbst in die Hand genommen haben. Hinzu kommt die drohende Versuchung, die neue Kapitaldeckung der gesetzlichen Rente in politisch gewollte Infrastrukturprojekte zu leiten. Nimmt die Politik Einfluss darauf, wie investiert wird, wird das Projekt scheitern.

So richtig Altersvorsorgedepot, Frühstartrente und die Kapitaldeckung sind, sie allein werden für eine auskömmliche Rente nicht reichen. Je nach Lebenslage gehören zusätzlich noch eigene ETF-Ersparnisse, eine Betriebsrente oder eine Immobilie dazu. Letztere bleibt allerdings für viele – auch für Gutverdiener – jenseits der finanziellen Möglichkeiten.

Deutschland ist mit einer Eigentumsquote von 42 Prozent Schlusslicht in der Europäischen Union. In Griechenland, Italien oder Spanien beträgt die Quote rund 70 Prozent oder mehr, wie das Kiel Institut für Weltwirtschaft ermittelt hat. In den Vermögenserhebungen der Notenbanken liegt das deutsche Medianvermögen zugleich weit hinter diesen Ländern. Als Hauptursache gilt neben geringen Aktienquoten im Vermögen auch die niedrige Eigentumsquote.

Fünf Jahreseinkommen für den Hauskauf

Wer nach Ursachen sucht, schaut meist auf die monatliche Kreditbelastung von Eigentümerhaushalten. Daran liegt es jedoch nicht, wie die Kieler Ökonomen nachgerechnet haben: Die Kreditbelastung ist seit den 1980er-Jahren fast unverändert; damals rund 20, heute rund 25 Prozent des Haushaltseinkommens. Stark erhöht hat sich durch die steigenden Immobilienpreise dagegen der Eigenkapitalbedarf. Für eine Wohnung mussten Käufer in den 1980er-Jahren etwa 1,7 Jahreseinkommen mitbringen, heute sind es mehr als drei. Beim Hauskauf stieg der Bedarf von 3,6 auf zeitweise sieben Jahreseinkommen, aktuell sind es über fünf. Millennials sparen im Schnitt fast vierzehn Jahre auf das nötige Eigenkapital, etwa doppelt so lange wie die Babyboomer. Wer in der Großstadt wohnt, schafft es oft nie.

Eigenkapital ist damit die größte Hürde auf dem Weg zur eigenen Immobilie. Aufschlussreich ist, woher das Eigenkapital bei Eigenheimkäufern kommt: Der Anteil von Schenkungen und Erbschaften am Eigenkapital der Käufer stieg von 21 Prozent im Jahr 2012 auf 31 Prozent 2021, der Anteil aus eigener Ersparnis sank von rund 50 auf 38 Prozent. Der Zugang zum Immobilienmarkt hängt immer weniger vom eigenen Einkommen ab und immer mehr vom Elternhaus.

Auch das jüngste Reformpaket der Koalition setzt an der Kreditseite an: Die zusätzlichen Kapitalpuffer der Banken für Wohnimmobilienkredite, gedacht als Schub für den Neubau, entfallen 2027. Das verbilligt Finanzierungen, am Eigenkapital des Käufers ändert sich aber nichts. Die Kieler Ökonomen warnen genau davor: Wer nur die Kreditbelastung senkt, hilft vor allem denjenigen, die ohnehin Ersparnisse oder familiäre Hilfe haben.

Vermögensbildung als zentrales Politikfeld

Der Staat kann durchaus dazu beitragen, dass der Eigenkapitalbedarf sinkt, denn einen guten Teil davon verursacht er selbst. Die Grunderwerbsteuer beträgt je nach Bundesland bis zu 6,5 Prozent des Kaufpreises. Sie könnte

abgeschafft und dafür die Grundsteuer moderat erhöht werden. Das entlastet junge Immobilienkäufer, ist allerdings unpopulär bei Bestandseigentümern. Ergänzen ließen sich Bürgschaften nach niederländischem Vorbild: Ein staatlich abgesicherter Fonds verbürgt Hypotheken, Banken finanzieren auch Käufer mit wenig Eigenkapital.

Die Vermögensbildung der breiten gesellschaftlichen Mitte sollte wieder sehr viel stärker als eigenes Politikfeld entwickelt werden. Wer die Abgabenlast der Jungen dämpft, schafft Luft zum Sparen. Wer mehr Kapitalmarktzugang ermöglicht und die Eigenkapitalhürde für Immobilien senkt, macht aus Menschen mit Einkommen Menschen mit Vermögen. Dafür sollte die Politik die ältere wie die jüngere Generation bei Rente, Eigentum und Vermögensaufbau gleichermaßen im Blick behalten.